

# Planungsbehörde erstellt einen Umweltbericht

Mehrheit des Regionalrats befürwortet eine Erweiterung des Phantasialands um 30 Hektar

Von WOLFGANG KIRFEL

**BRÜHL.** Die Regionalplanungsbehörde wird auf der Grundlage der Ergebnisse des Arbeitskreises zur Erweiterung des Phantasialands einen Umweltbericht erstellen. Der Bericht soll die Erweiterungsflächen konkret aufführen. CDU, SPD, FDP und Freie Wähler im Regionalrat Köln stimmten dieser Lösung und damit dem Beschlussvorschlag der Bezirksregierung zu, Grüne und Linke waren dagegen.

Ein Änderungsantrag der Grünen, die Bürgerinitiativen schon jetzt in das Verfahren mit einzubeziehen, vorrangig

Erweiterungsvarianten zu untersuchen, deren Flächen dem Freizeitpark auch zur Verfügung stehen und die vorhandene Lärmbelastung der Anwohner durch Schallschutzmaßnahmen zu reduzieren, erhielt keine Mehrheit.

Der Moderator des „Arbeitskreises Erweiterung Phantasialand“, Johann Dieckmann, betonte, dass „sämtliche denkbare Alternativen untersucht“ worden seien. Dazu gehörten laut Dieckmann die „0-Variante“ ohne eine Erweiterung, eine Teil- sowie eine Gesamtverlagerung des Unternehmens und acht Planungsmöglichkeiten. Alle Varianten seien auf

die Realisierbarkeit für das Unternehmen (Funktionsprüfung), die Auswirkungen auf den Natur- und Umweltschutz sowie den Schallschutz untersucht worden. Schließlich seien die drei Westalternativen B, C und D übrig geblieben. „Die Lösungen B und C verursachen die größten Eingriffe in den Wald“, sagte Dieckmann.

„Die Westalternativen sind ökologisch nicht umsetzbar“, betonte Rolf Beu (Grüne). Eine Teilverlagerung des Freizeitparks oder eine Erweiterung über die Autobahn 553 hinweg dürfe nicht ausgeschlossen werden. „Bestimmte Flächen wurden gar nicht untersucht, weil sie nicht in die Sicht des

Unternehmens passen“, kritisierte Beu. Man solle jetzt zunächst einmal klären, welche Flächen für eine Erweiterung zur Verfügung stehen. Das Landesumweltministerium hat bislang betont, keinen Wald für eine Erweiterung verkaufen zu wollen.

## „Nicht der gleiche Fehler wie bei Stuttgart 21“

„Wir sind nach wie vor dafür, das Phantasialand an seinem Standort zu erhalten und eine Erweiterung um 30 Hektar in Betracht zu ziehen“, sagte Stefan Götz (CDU). Es sei jetzt der

falsche Zeitpunkt, um die Öffentlichkeit und die Bürgerinitiativen am Verfahren zu beteiligen. Dem stimmte Rudolf Finke (FDP) zu. Er forderte die Bürger auf, sich im späteren Verfahren rege zu beteiligen, „damit nicht der gleiche Fehler begangen wird wie bei Stuttgart 21“. Auch die SPD will 30 Hektar für eine Erweiterung zur Verfügung stellen. Hans-Joachim Bubacz: „Alle Eingriffe in die Natur sind ausgleichbar.“ Man müsse einen Kompromiss finden, der allen Ansprüchen gerecht werde.

Rüdiger Bornholt (Freie Wähler) kritisierte die Einnengung des Umweltberichts auf die vom Arbeitskreis vorge-

schlagenen Varianten und erinnerte an eine vom Landesbetrieb Wald und Forst vorgeschlagene Variante.

Das Phantasialand begrüßte, dass das Verfahren nun weitergeht. Man sei zuversichtlich, dass der Regionalrat dem Park die erforderliche Zukunftssicherung ermögliche. Michael Müller (Bürgerverein „Bovivo“) bedauerte, dass die Bevölkerung nicht schon jetzt beteiligt wird und dass die vom Arbeitskreis vorgeschlagenen Varianten genau die seien, die das Phantasialand bereits seit Jahren favorisiere. Doris Linzmeier (Initiative 50 000 Bäume) forderte eine Einstellung des Verfahrens.